



Politische Ökonomie

# Radikale Demokratie statt Korporatismus

## Zur Aktualität der Kritik der politischen Ökonomie

Neoliberale Vordenker wie Francis Fukuyama feierten den Zerfall der Sowjetunion als endgültigen Sieg der Marktwirtschaft. Doch ist paradoxerweise das Gegenteil eingetreten: Der Wegfall des Systemgegners bedeutete gleichzeitig den Wegfall eines exogenen, stabilisierenden Faktors. Und die endogenen Tendenzen, die den weltweiten Kapitalismus von innen heraus schwächen, werden deutlicher erkennbar. Die letzten Worte sind noch lange nicht gesprochen.

Wie lässt sich die gegenwärtige Epoche des Kapitalismus charakterisieren? In diesem Beitrag diskutieren wir die verschiedenen Ansätze, die in der Tradition der Kritik der politischen Ökonomie entwickelt worden sind, um Krisen- und Epochenverläufe in der Geschichte des Kapitalismus besser verstehen zu können.

### Ein neues Akkumulationsregime bildet sich heraus

Man könnte wohl beinahe zu jedem Zeitpunkt einen Trendbruch diagnostizieren und entsprechende Fakten heranziehen. Für uns, als Verfechter einer Tradition der Kritik der politischen Ökonomie, ist entscheidend, dass sich mit einem Trendbruch die grundlegenden Bedingungen verändern, unter denen sich die Kapitalakkumulation vollzieht. Dies betrifft nicht nur die ökonomischen Bedingungen, sondern vor allem auch die gesellschaftlichen Strukturen und Machtkonstellationen. Bei allen Veränderungen und Brüchen gibt es aber auch Invarianten der wirtschaftlichen und politischen Dynamik, die als Definitionsmerkmale des Kapitalismus gelten: Der Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit, die Ausrichtung des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses auf die Mehrwertproduktion, das Vordringen des Privateigentums und damit des Marktes in alle gesellschaftlich relevanten Bereiche, und die Zurückdrängung aller Grenzen und Hindernisse, die einer solchen Entwicklung im Wege stehen.

Die innere Logik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses

---

#### Hans Schäppi

1942, ehemaliger GBI-Vizepräsident, Präsident Solifonds.

#### Willi Eberle

1948, Basel und Twann, lange Jahre gewerkschaftlicher Basisaktivist in der Basler Chemie, BastA!, marxistisches Forum u.a. linke Zusammenhänge.



zielt auf eine andauernde Umgestaltung der gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten im Sinne einer Verbesserung der Verwertungsbedingungen. Dabei gibt es Phasen von grösserer Stabilität und Phasen verstärkter Veränderungen und Umbrüche. Auch in einer Stabilitätsphase, wie etwa im Akkumulationsregime des Fordismus in der Zeit zwischen 1945 und 1970, verschärfen sich die Widersprüche und sammeln sich Probleme an, die eine tief gehende Neuanpassung der gesellschaftlichen und politischen Grundlagen nötig machen, damit die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse weiterbestehen können. In einer strukturellen Krise oder einem Trendbruch wie in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren treten sie offen zu Tage. Wesentlich bei diesem Trendbruch und der sich neu herausbildenden Konstellation sind die Veränderungen in der Dynamik und den Strukturen des globalen Akkumulations- und Produktionsprozesses, im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, in den Alltags- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen und der Bauern im Trikont, in der Verankerung der Machtverhältnisse im internationalen Staatensystem.

Was die Akkumulationsdynamik betrifft, so entwickelten sich Arbeitsproduktivität, Akkumulationsrate, Wachstum und Profitrate bis Mitte der 1980er-Jahre mehr oder weniger parallel, in den 1950er- und 1960er-Jahren auf einem hohen Niveau als Basis der Prosperität im fordistischen Akkumulationsmodell. Ab Mitte der 1960er-Jahre begannen sie gleichmässig abzusinken, zuerst in den USA, dann in Europa und Japan. Seit der neoliberalen Wende hat sich die Profitrate, die seit Mitte der 1980er-Jahre wieder stark angestiegen ist, von den anderen Faktoren abgekoppelt (Husson, 2005). Das ist für die Geschichte des Kapitalismus eine neuartige Konstellation und rechtfertigt allein bereits den Gedanken, dass sich seit Beginn der 80er-Jahre ein neues Akkumulationsregime herausgebildet hat. Die Profitrate erreicht heute wieder Werte, die im Mittel der Zeit vor dem Trendbruch der 1970er-Jahre entsprechen. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität, die Akkumulationsrate und damit das Wachstum verharren hingegen im Schnitt auf wesentlich niedrigerem Niveau.

OECD-weit betrug die Arbeitslosenquote seit Ende der 1940er-Jahre bis gegen die Mitte der 1970er-Jahre zirka 3 Prozent, bei Variationen von Land zu Land. Das erklärt die strukturelle Stärke der Arbeiterklasse in dieser Phase und damit wohl eine Ausnahmesituation in der bisherigen Geschichte des Kapitalismus. Die Krise 1974/75 brachte eine Änderung: OECD-weit stieg die Arbeitslosigkeit auf über 6 Prozent (1980), in der Krise 1981/83 bis gegen 9 Prozent (1983), nahm dann leicht ab und schwankt seither um die 7 Prozent. Das erklärt die strukturelle Schwäche



der Arbeiterklasse in den letzten 30 Jahren und hat sich mittlerweile als ›Normalzustand‹ eingependelt. Was die Lohnquote, also den Anteil der Löhne am Volkseinkommen, angeht, so stieg sie in den OECD-Ländern in den Nachkriegsjahren bei leichten regionalen Unterschieden auf gegen 75 Prozent. Ein wichtiger Grund war das Wachstum des Wohlfahrtsstaates und der damit verbundenen Transfereinkommen. Seit Beginn der 1980er-Jahre registrieren wir eine Trendwende, die sich in den 1990er-Jahren verstärkt: Die Lohnquote sinkt auf etwa 65 Prozent. Auch die New Economy in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre und die Wachstumsschübe in den USA haben da keine Änderung gebracht.

Radikal verändert haben sich hingegen die Arbeitsmodelle: Bis in die 1980er-Jahre hinein wirkte ein Trend zur Normalisierung, was Gesetze, Verträge, Arbeitszeiten und Lebensformen betrifft. Seither geht der Trend in Richtung Parzellierung, Individualisierung, Flexibilisierung von Einkommen, Arbeitszeiten und Arbeitsplätzen. Die Arbeitsorganisation wird um die sich herausbildenden globalen Wertschöpfungsketten herum gestrafft. International wurde die Arbeitszeit seit den 1940er-Jahren bis in die 1980er-Jahre hinein mit verschiedenen Modellen verkürzt. In den 1990er-Jahren ist dieser Prozess zum Stillstand gekommen, zum Teil wird die Arbeitszeit wieder verlängert, oder das Arbeitszeitvolumen sinkt nur noch wegen einer Zunahme der Teilzeitarbeit.

Der Begriff der Globalisierung umschreibt eigentlich eine strukturelle Veränderung, die seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems 1971 den Spielraum der Nationalstaaten für eine autonome Wirtschaftspolitik mehr oder weniger stark einschränkt. Mit der schrittweisen Liberalisierung der Finanzmärkte bildete sich ein Weltmarkt mit einer tendenziell gleichen durchschnittlichen Profitrate heraus. Das Finanzkapital und seine wirtschaftsliberalen Exponenten, die nach dem Bankrott ihrer Politik in den krisenhaften 1930er-Jahren Einflussmacht an das industrielle Kapital verloren hatten, gewinnen seit dem Trendbruch der 1970er-Jahre wieder an Bedeutung, ja haben eine beinahe hegemoniale Stellung erlangt. Gleichzeitig haben die internationalen Organisationen, vor allem die WTO, der IWF und die Weltbank, ihre Funktionen verändert. Während sie früher dem Zollabbau, der Stabilisierung der Währungen und der Entwicklung dienten, sind sie heute zu besonders wichtigen Instrumenten geworden, um Lohnabhängige zu disziplinieren und die Länder des Südens im Interesse der herrschenden Kapitalfraktionen – insbesondere des Finanzkapitals und der multinationalen Konzerne – zu marginalisieren. Dies alles trägt zu einer Erneuerung des Imperialismus bei, der vorab seit dem Beginn der 1990er-Jahre, also seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, noch deutlicher hervortritt.



## Krisentheorien: Neoliberale und keynesianische Erklärungsansätze

Sowohl die neoliberalen wie auch die keynesianischen Ansätze erklären die Krise und insbesondere die andauernde Massenarbeitslosigkeit als Störung eines postulierten Marktgleichgewichts. Für die Neoliberalen sind es vor allem die Instrumente einer linkskeynesianischen Politik, die für die Wachstumsschwäche und die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. Staatsinterventionen, die Überregulierung vorab des Lohnarbeitsverhältnisses, der zu stark ausgebaute Sozialstaat, der zu grosse Einfluss der Gewerkschaften hindere den freien Marktmechanismus an seiner Entfaltung, argumentieren sie. Entsprechend ergeben sich daraus die Hauptstossrichtungen der neoliberalen Politik: Flexibilisierung der Wechselkurse, Liberalisierung des Kapitalverkehrs, Privatisierungen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Disziplinierung der Lohnabhängigen auf dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit, Abbau des Sozialstaates, Zurückdrängen der staatlichen Interventionen, die die Interessen der Lohnabhängigen stützen. Das Ziel der neoliberalen Politik ist die Erhöhung der Profitabilität, für deren Durchsetzung die Massenarbeitslosigkeit das wichtigste Mittel ist.

Der Neoliberalismus ist also keine blosse Ideologie geblieben. Die Neoliberalen haben die günstigen Kräfteverhältnisse für ihr regressives Projekt ab den späten 1970er-Jahren erkannt und konsequent genutzt. Dabei gelang es ihnen, ihre seit jeher bestehende Feindschaft gegenüber den aufklärerischen, egalitären Elementen des Keynesianismus in einen breit angelegten Rollback umzusetzen.

Die linke Diskussion hingegen wird heute weitgehend in einer keynesianischen Tradition geführt (Eberle/Schäppi, 2006). Dabei wird – wie bei den Neoliberalen – mit der Störung des Marktgleichgewichts argumentiert. Nur wird auf die Frage, wie der Kapitalismus wieder funktionstüchtig werden könne, eine andere Antwort gegeben. Im Gegensatz zu den Neoliberalen sind die Keynesianer an einer Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit interessiert. Für die meisten von ihnen gehen die heutigen Probleme auf die blockierte Nachfrage zurück, die eine Folge der restriktiven Haushalts- und Lohnpolitik ist. Ganz im Sinne von Keynes wird zudem oft die Dominanz des Finanz- und Rentenkapitals (grosse Pensionsfonds), das auf dem industriellen Kapital lastet, für das fehlende Wirtschaftswachstum verantwortlich gemacht. Daraus leiten sich die Forderungen ab, zum Beispiel nach tiefen Zinsen, einer antizyklischen Haushaltspolitik, einer aktiven Lohnpolitik, einer stärkeren Belastung des Finanzkapitals, etwa in Form einer Tobinsteuer.

Ob heute mit Hilfe der klassischen keynesianischen Nachfragepolitik



die Vollbeschäftigung über Wachstum wiederhergestellt und damit die sozialen Probleme gelöst werden können, ist fraglich. Dass eine rechtskeynesianische Politik heute immer noch möglich ist, zeigt das Beispiel der USA. Eine linkskeynesianische Politik, die auch die Frage nach dem Inhalt des Wachstums stellt, ist heute hingegen nicht durchsetzbar, weil die Grundlagen des ›keynesianischen Klassenkompromisses‹ verschwunden sind. Die Grundorientierung der Keynesianer auf einen Klassenkompromiss, das heisst auf die Domestizierung des Klassenkampfes durch korporatistische Strukturen und eine entsprechende Politik, die nicht auf das Zurückdrängen der Herrschaft orientiert ist, sondern auf Teilhabe an der Macht, erweist sich in dieser Situation als problematisch. Die Keynesianer sind bei ihrer ständigen Suche nach einer neuen Basis für Kompromisse mit dem Machtkartell nicht radikaler, sondern bescheidener geworden. Ihre Forderungen beschränken sich oft auf die Zinspolitik, eine aktivere Lohnpolitik und eine moralisierende Kritik an den Neoliberalen und Neokonservativen. Grosse Teile der Sozialdemokratie gehen hier noch weiter: Sie sind vom Keynesianismus und vom traditionellen Reformismus abgerückt und übernehmen selber neoliberale Positionen, um das Kapital nicht herausfordern zu müssen und sich selber an der Macht zu halten. Dieser sozialliberale Kurs geht einher mit einer Ausrichtung auf diejenigen Mittelschichten, die ihre ökonomische und soziale Stellung in den letzten 20 Jahren erhalten oder verbessern konnten.

### Die Kritik der politischen Ökonomie und Trendbruch

Wir verstehen den Marxismus als kritische Theorie im doppelten Sinn: Einerseits als Kritik der heutigen wirtschaftspolitischen Strategien (Neoliberalismus, Keynesianismus, Neokeynesianismus) und andererseits als Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise als eines destruktiven, den Menschen und die Natur zerstörenden Prozesses. Wir stehen in einer Tradition, die Marx nicht als einen besseren Nationalökonom versteht, sondern als einen, der die kapitalistische Gesellschaft als Klassenherrschaft kritisiert hat, die weitgehend über den Wert und das Geld vermittelt und damit verdinglicht wird. Untersucht werden nicht verdinglichte Verhältnisse von Sachen wie Waren, Märkte oder ›Produktionsfaktoren‹, sondern gesellschaftliche Beziehungen. Im Gegensatz zur kritischen Theorie der Frankfurter Schule stehen aber nicht Kultur und Ideologiekritik im Vordergrund, sondern die Kritik der politischen Ökonomie.

Für die Kritik der politischen Ökonomie ist der Kapitalismus nicht die Verwirklichung menschlicher Invarianten, natürlicher Neigungen zum



## Politische Ökonomie

Tausch, zum Verbrauch oder zum persönlichen Nutzen, sondern eine historische Formation. Wirtschaftliche Strukturen werden auch nicht als Prozesse verstanden, die auf ein Gleichgewicht, einen harmonischen Zustand zustreben, sobald die Nachfrage (Keynesianismus) oder das Angebot (Neoliberalismus) angepasst werden. Die Kritik der politischen Ökonomie erklärt Stabilitäts- und Krisenphasen endogen, das heisst aus den inneren Gesetzmässigkeiten und Tendenzen der kapitalistischen Akkumulation, und nicht aus externen Störungen eines natürlichen Gleichgewichts.

Der Kapitalismus beruht auf einem Bündel von gesellschaftlichen Prozessen und Herrschaftsverhältnissen zur Organisation der gesellschaftlichen Produktion, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Verteilung des Produktes. Kern ist dabei das Lohnverhältnis. Der Zweck der vom Kapital organisierten gesellschaftlichen Arbeit ist, ein möglichst hohes Mehrprodukt, Profit zu erzielen. Die Marx'sche Arbeitswerttheorie besagt, dass die lebendige Arbeit die Quelle des Mehrproduktes, des Profites im Produktionsprozess ist, wobei der Profit der Dauer der unbezahlten, durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit entspricht. Dabei gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Strategien des Kapitals, diese Mehrarbeit zu erhöhen. Erstens die absolute Mehrwertsteigerung, bei der mittels Reallohnsenkungen oder Arbeitszeitverlängerungen die unbezahlte Arbeitszeit erhöht wird. Zweitens die so genannte relative Mehrwertsteigerung, bei der durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität – beispielsweise durch Automatisierung, effizientere Arbeitsorganisation und andere Massnahmen – der Anteil der bezahlten Arbeit an der Gesamtarbeit gesenkt, folglich die unbezahlte Arbeit erhöht werden kann. Ohne auf weitere Details einzugehen (eine knappe Einführung z.B. Heinrich 2004), sei festgehalten, dass in der Prosperitätsphase der Hochkonjunktur zwischen 1945 und 1970 die relative Mehrwertsteigerung eine vorherrschende Rolle spielte, während in der Zeit der strukturellen Krise nach 1970 zunehmend auch wieder Strategien zur Steigerung des absoluten Mehrwerts zum Tragen kamen.

Es genügt aber nicht, profitabel zu produzieren. Eine erfolgreich verlaufende Kapitalakkumulation hat – vereinfacht gesagt – drei wesentliche Voraussetzungen. Erstens die Rentabilität der Produktion. Zweitens müssen die produzierten Waren anschliessend auch zu rentablen Preisen verkauft werden können. Und das ist drittens auf Dauer nur möglich, wenn die gesellschaftlichen Bedürfnisse mit dem Angebot an Gütern und Dienstleistungen, die kapitalistisch rentabilisiert werden können, übereinstimmen. Diese drei Bedingungen sind nicht immer gleich gegeben, ja es treten zwischen ihnen beträchtliche Widersprüche auf.



Wenn zum Beispiel die Rentabilität mit einer restriktiven Lohnpolitik forciert wird, kann sich die Kaufkraft rückläufig entwickeln und die Realisierungsmöglichkeiten einschränken. Und gerade in einer hoch industrialisierten kapitalistischen Gesellschaft müssen die Bereiche, in denen hohe Profite gemacht werden können, nicht unbedingt den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen. Aufgrund dieser Widersprüche kommt es in der kapitalistischen Akkumulation immer wieder zu Krisen, das heisst zu schweren Störungen des Wirtschaftsprozesses. Interessanter als die Erklärung von konjunkturellen Krisen ist dabei die Suche nach den Gründen längerfristiger Prosperitätsphasen und struktureller Krisen beziehungsweise Überakkumulationsphasen.

Seit dem 16. Jahrhundert ist der Kapitalismus ein Weltsystem. Die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation kann folglich nur im Zusammenhang des Weltmarktes angemessen erklärt werden. Zentrales Element in der Kritik der politischen Ökonomie ist deshalb eine Imperialismustheorie, die ermöglicht, die Zusammenhänge und die Politik zu verstehen, die es den stärkeren Staaten und den grossen Konzernen erlauben, zur Lösung ihrer hauseigenen Probleme von den schwächeren Staaten und Gesellschaften Mehrwert abzuzweigen und ihnen ihren Willen aufzuzwingen (Imperialismustheorien siehe Deppe et al, 2004).

### Was sagen die marxistischen Krisentheorien?

Im folgenden sollen einige Ansätze der marxistischen Krisentheorie diskutiert werden. Dabei interessiert vor allem, wie plausibel sie die Veränderungen in der sozialen und produktiven Ordnung seit dem Ende des ›Goldenen Zeitalters‹, des Fordismus, und die Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes seit dem Trendbruch der 1970er-Jahre machen können.

#### *Orthodoxe marxistische Ansätze (Zusammenbruchstheoretiker)*

In diesen Ansätzen wird die Krise mit dem tendenziellen Fall der Profitrate erklärt. Die Profitrate sinkt, weil die lebendige Arbeit immer mehr durch Maschinen ersetzt wird. Das konstante Kapital (Maschinen, Sachwerte) wird im Verhältnis zum variablen Kapital immer wichtiger, eine unausweichliche Folge der technischen Erneuerung des Produktionsprozesses. Besonders produktive Unternehmen können ihre Profite steigern; im Schnitt über die ganze Gesellschaft gesehen sinkt jedoch die Profitrate: Einerseits müssen die Unternehmen in immer aufwändigere Produktionsmittel investieren, um konkurrenzfähig zu bleiben, andererseits sinkt der relative Anteil der Lohnarbeit, die ja die einzige Quelle des Mehrwertes ist.



Diese Auffassung war lange Zeit massgebend, und zwar sowohl in der Sozialdemokratie als auch in der dritten Internationale (Lenin, Trotzki, Luxemburg, Bucharin), später auch – in veränderter Gestalt – in der stalinistischen Phase der Sowjetunion ab Mitte der 1920er-Jahre. Trotzki setzte bis zu seiner Ermordung 1940 auf einen Zusammenbruch des Kapitalismus (und des Stalinismus) durch revolutionäre Erhebungen und entwickelte die strategische Ausrichtung auf den Aufbau revolutionärer Organisationen, die am Ende des zweiten Weltkrieges bereit sein müssten, um einzugreifen und die Führung zu übernehmen. Der Diskurs in dieser Periode fand im Schlagwort ›Sozialismus oder Barbarei‹ seine Zuspitzung: Der Kapitalismus habe sein fortschrittliches Potenzial aufgebraucht, nun gelte es, die drohende Barbarei zu verhindern. Diese Einschätzung hatte damals – und hat sie auch heute wieder – ihre Berechtigung. Die orthodoxe Sichtweise verabsolutiert jedoch einen – wenn auch wichtigen – Faktor der Krisenerklärung, nämlich die tendenziell wachsende organische Wertzusammensetzung des Kapitals. Damit bleibt dieser Erklärungsansatz auf einer abstrakten Ebene stehen. Es gelingt ihm nicht, die allgemeinen gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturelemente des Kapitalismus mit einer Erklärung der konkreten Stabilitäts- und Krisenphasen zu verbinden. Die Erklärungsversuche mit der Etappenbildung – zum Beispiel Konkurrenzkapitalismus, Monopolkapitalismus, staatsmonopolistischer Kapitalismus – tragen als grobes Muster wenig zur Konkretisierung bei und verfolgen vorab den Zweck, aufzuzeigen, dass die letzte Phase und damit die Endkrise des Kapitalismus angebrochen sei.

Es waren solche Zusammenbruchstheorien, die den Stalinismus und die Sozialdemokratie zu der problematischen strategischen Position führten, dass ein Zuwarten und Paktieren mit der Bourgeoisie als Programm der linken Politik genüge, weil der Kapitalismus eh von sich aus zusammenbrechen werde. In polemischer Zuspitzung lautet die Quintessenz einer solchen Haltung: Die Menschheit wird nach dem Zusammenbruch des Kapitalismus unter der Führung dieser Parteien gleichsam automatisch befreit.

### *Regulationstheorie*

Die Regulationstheoretiker versuchen seit den 1970er-Jahren in ihrer kritischen Auseinandersetzung mit den orthodoxen marxistischen Ansichten eine kohärente Theorie zu entwickeln, die in der Lage ist, den Erfolg des Fordismus, also der Periode nach dem zweiten Weltkrieg, zu verstehen (z.B. Aglietta, 1976. Kritisch: Hübner, 1988 und Husson, 2001). Sie arbeiten meist auf einer werttheoretischen Grundlage und suchen





nach einer gesamtgesellschaftlichen Optik insbesondere für die wirtschaftliche Prosperität in der Zeit des Fordismus. Sie thematisieren vor allem die ökonomische Grundlage der Klassenkonflikte und die Modalitäten ihrer Austragung im Rahmen der kapitalistischen Produktion und in der Politik. Dabei werden die Organisationen der Arbeiterbewegung, die Parteien und Gewerkschaften, die Rolle des Staates bei der Stabilisierung ökonomischer Probleme und der Staat als Vermittlungsinstanz im Klassenkonflikt vertieft und weitgehend zutreffend eingeschätzt, auch hinsichtlich der mit dem Kriseneinbruch 1974/75 veränderten Bedingungen. Anders als die Keynesianer entwickelten die Regulationstheoretiker ein differenziertes Verständnis der Widersprüche und Instabilitäten, die bereits die 1950er- und 1960er-Jahre durchzogen und dann in der Strukturkrise der 1970er-Jahre zum Ausbruch kamen. Gleichzeitig gelang es ihnen, im Gegensatz zu den Zusammenbruchstheoretikern, die ökonomische und politische Stabilität des Fordismus kohärent zu erklären.

Dazu entwickelten sie eine ganze Reihe neuer Begriffe oder verwendeten bekannte Begriffe auf eine neue Art, wie etwa ›Akkumulationsregime‹, ›soziale Regulation‹ und ›Fordismus‹. Für die Regulationstheoretiker sind viele Eigenheiten des Fordismus in den Regimebegriff überhaupt eingegangen, insbesondere die Vorstellung, dass im Kapitalismus immer wieder eine Art Konsens herstellbar sei zwischen der grossen Mehrheit der Lohnabhängigen und den führenden Fraktionen des Kapitals. Ab den späten 1970er-Jahren wurde dies zunehmend zu einem problematischen Element ihres Ansatzes. Sie unterschätzten den Trendbruch und entwickelten als Politikberater oft ähnliche Konzepte wie die etwas später aufkommenden Theoretiker des dritten Weges. Entsprechend verschoben sich ihre Grundlagen weg von der Arbeitswerttheorie hin zur Gleichgewichtstheorie, was ihnen den Zugang zu den Problemen der Akkumulationsdynamik und der Machtfrage versperrt hat. Ihre späteren Konzepte kreisen um systemimmanente Lösungen und betonen etwa Ansätze wie die flexible Gruppenarbeit, neue Sozialtechniken, den Volkskapitalismus oder die Altersvorsorge über Pensionsfonds. Schliesslich verfielen sie in der Euphorie über die neuen Technologien und die New Economy.

*Das Konzept der langen Wellen: Ernest Mandel*

Ernest Mandel verbindet die geschichtlichen Phasen des Kapitalismus mit dessen Invarianten. Da die diversen Marxismus-Schulen bislang nicht in der Lage waren, den Fordismus als Prosperitätsphase und die darauf folgende – und von ihm vorhergesagte – strukturelle Krise der



1970er-Jahre einigermaßen befriedigend zu erklären, suchte Mandel nach neuen Erklärungen und löste sich dabei von einer allzu abstrakten Fixierung auf die Dynamik der Profitraten. Ferner knüpfte er seine Phasentheorie an die Untersuchungen der langen Konjunkturzyklen, der so genannten ›langen Wellen‹ früherer Autoren wie Kondratieff und Schumpeter an (Mandel, 1973, 1980).

Zu Recht versteht Mandel die Profitrate als synthetische Grösse, auf die laut ihm sechs Faktoren einen Einfluss haben. Damit kann er neben den Bedingungen des Produktionsprozesses auch die Realisierungsprobleme erfassen. In den längerfristigen Bewegungen der Profitrate spiegeln sich so die wichtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Realitäten der Geschichte des Kapitalismus, insbesondere die Ablösung von Prosperitätsphasen durch strukturelle Krisen. Gemäss Mandel spielen die technologischen Änderungen und ihre Anwendung im Produktionsprozess eine zentrale Rolle für die Steigerung der relativen Mehrwertrate über die Arbeitsproduktivität und die damit verbundenen Klassenkonflikte.

Die länger andauernden Aufschwungs- und Abschwungsphasen des Kapitalismus, etwa die Krise der 1930er-Jahre oder der Aufschwung im Fordismus der Nachkriegszeit, bringt Mandel mit der Akkumulationsdynamik in Verbindung. Dabei erklärt er den Zerfall einer Konstellation als ›endogen‹, also werttheoretisch, die Herausbildung einer neuen expansiven Phase hingegen als besondere Konstellation ›exogener‹ Faktoren. Die Unvermeidbarkeit der Krise erklärt er mit dem tendenziellen Fall der Profitrate, folglich mit den inneren Widersprüchen des Kapitalismus. Als einer der wenigen Ökonomen verneint er deshalb bereits in den 1960er-Jahren die Ansicht, dass Krisen mit den Mitteln einer keynesianischen Wirtschaftspolitik auf Dauer abgefedert und rasch in eine neue prosperierende Phase überführt werden könnten. Seine Ansicht hat sich seither weitgehend bestätigt.

Allerdings gelingt Mandel die Verbindung von Rentabilitäts- und Realisierungsbedingungen mit den sozialen Bedürfnissen nur ungenügend, und der Fordismus wird bei ihm letztlich doch wieder traditionell erklärt. Die prosperierende Nachkriegsentwicklung sei nur durch krisenverzögernde Massnahmen ermöglicht worden, etwa der Ausdehnung des Kreditwesens, der beträchtlichen Inflation, dem steigenden Masseneinkommen und den wachsenden indirekten Löhnen, dem Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes und dem Mehrwerttransfer aus der imperialistischen Peripherie. Hier bewegt sich Mandel also im Rahmen der von ihm bekämpften Zusammenbruchstheorie: Der Fordismus und insbesondere die darauf folgende Phase der vergangenen 25 Jahre wer-



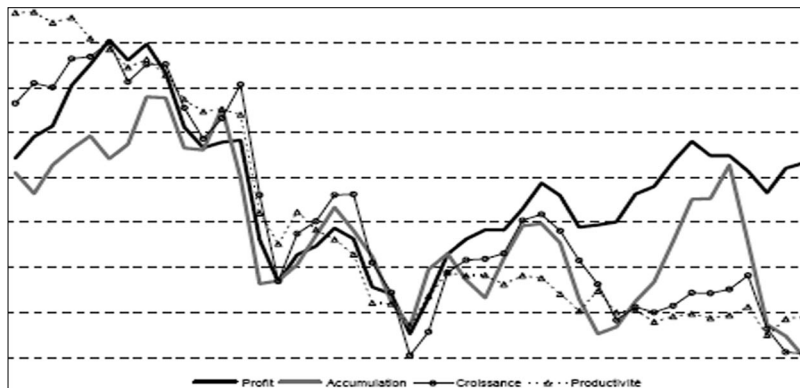
den nicht mehr aus sich selbst heraus erklärbar. Auch besteht mit Mandels Konzept der langen Wellen die Gefahr, die längerfristigen Zusammenhänge in einem Dualismus von Invarianten des Kapitalismus und 50- bis 60-jährigen Zyklen beschreiben zu wollen. Solche Konzepte suggerieren eine Periodizität von Aufschwung und Abschwung, auch für die Zukunft. Würde dies zutreffen, so müsste die rezessive Phase heute eigentlich bereits vorbei sein, was offensichtlich nicht der Fall ist und auch für die nächste Zukunft nicht zu erwarten ist.

*Regulationstheoretische Erneuerung des Konzepts der langen Wellen:*

*Michel Husson*

In unserem theoretischen Ansatz orientieren wir uns stark am Konzept von Michel Husson. Er kombiniert Vorstellungen der Regulationstheoretiker mit dem Ansatz von Ernest Mandel und vermag so die Prosperitätsphase des Fordismus, den Trendbruch und die neue Konstellation, der sich seither herausgebildet hat, einheitlich zu erklären. Massgebend ist für ihn ebenfalls die Bewegung der Profitrate, verstanden als synthetische Grösse, wobei die drei wichtigen Felder – die Rentabilitätsbedingungen, die Realisierungsbedingungen und die gesellschaftlichen Bedürfnisse – berücksichtigt werden. Im Unterschied zu Mandel vermag Husson so die Prosperitätsphase des Fordismus als historische Konstellation und Leistung des Kapitalismus zu erfassen und nicht als aufgeschobene Krise vor einem unvermeidlichen Zusammenbruch. Husson arbeitet die wichtigen Merkmale der strukturellen Krise und der neu sich herausbildenden Konstellation überzeugend heraus, insbesondere die Abkoppelung der Profitrate sowohl von der Arbeitsproduktivität als auch von der Akkumulations- und Wachstumsrate (siehe Grafik weiter unten), die Hegemonie des Finanzkapitals, die Bedeutung der Massenarbeitslosigkeit und die sich laufend verschärfende soziale Regression. Husson analysiert die wachsende Differenz zwischen Rentabilisierungsmöglichkeiten und gesellschaftlichen Bedürfnissen als ein Systemproblem, das zunehmend manifest wird: Der Dienstleistungssektor eignet sich weit weniger gut für eine relative Mehrwertsteigerung mit dem Mittel der Produktivitätssteigerung als die klassischen fordistischen Industriebereiche. In der neuen regressiven Phase der kapitalistischen Entwicklung gibt es so keine raschen systemimmanenten Lösungen, die mit den Interessen der grossen Zahl der Menschen verträglich wären. Nötig ist heute gemäss Husson ein Bruch mit der kapitalistischen Logik. Beim Aufbau des dafür nötigen neuen Kräfteverhältnisses stellt die Massenarbeitslosigkeit das zentrale Problem dar. Deshalb muss die linke Politik glaubwürdige Lösungsvorschläge zu ihrer Überwindung entwickeln.

  
 Politische Ökonomie



*Die wichtigen Kurven zur Entwicklung der Weltwirtschaft 1961 bis 2003: Gemittelte Werte über das BIP der G6 (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, England, Italien). Quelle: Husson, 2005.*

Die neue Konstellation, die sich seit Mitte der 1980er-Jahre herausgebildet hat, wird von Husson – im Unterschied zu uns – nicht als eigenständiges spezifisches Regime bezeichnet. In Anlehnung an die Regulationisten ist gemäss Husson der Regimebegriff nur dann gerechtfertigt, wenn sich eine neue produktive Ordnung herausbildet, die eine neue längere Prosperitätsphase ermöglicht. Diese produktive Ordnung wäre der Ausdruck einer Kohärenz von Akkumulationsdynamik (Wachstum, Profit, Produktivität, Investitionen – siehe Grafik) und politischen und sozialen Funktionsmerkmalen. Während Vertreter der Regulationschule im Aufschwung der USA nach 1995 und in der New Economy eine solche neue produktive Struktur, damit ein postfordistisches Akkumulationsregime und das Ende der strukturellen Überakkumulation sahen, verneint dies Husson – unseres Erachtens zu Recht. Für ihn hat sich so gemäss seinem Regimebegriff bis heute noch kein neues Akkumulationsregime herausgebildet.

Wir halten den Begriff eines neuen Akkumulationsregimes jedoch für angebracht, weil für uns nicht die Herausbildung einer neuen produktiven Ordnung im Vordergrund steht, sondern die Etablierung eines neuen Klassenverhältnisses und einer neuen Machtkonfiguration auf der Basis der ökonomischen Probleme und Entwicklungen. Zwar hat das Akkumulationsregime, das sich in den 1980er- und 1990er-Jahren herausgebildet, nicht dieselbe ökonomische Stabilität und innere Kohärenz wie das fordistische Regime, vor allem nicht hinsichtlich der konsensuellen Einbindung breiter gesellschaftlicher Schichten. Dennoch hat der Kapitalismus in den letzten 25 Jahren trotz anhaltender Überakkumulation und wachsender sozialer Verwerfungen als Herrschaftssystem eine erstaunliche Stabilität bewiesen.



## Das Regime der flexiblen Akkumulation

Hier seien, im Sinne einer knappen Schlussfolgerung und einer Zusammenfassung der Diskussion, die Strukturmerkmale des Regimes der flexiblen Akkumulation angedeutet, wie es sich seit dem Beginn der 1980er-Jahre durchzusetzen begann. Dieses neue Regime löste damit den Fordismus ab, wie er seit den 1930er und 1940er-Jahren bis gegen die Mitte der 1970er-Jahre das Ensemble der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturmerkmale des Kapitalismus ausmachte. Die wichtigsten Etappen und Merkmale dieses Überganges seien hier kurz zusammengefasst.

Ab Mitte der 1960er-Jahre kündete sich die strukturelle Überakkumulationskrise der 1970er- und 1980er-Jahre an, eine Folge der steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals und der damit sinkenden Arbeits- und Kapitalproduktivität. Es war ein Zeichen der Erschöpfung des fordistischen Produktivitätsmodell. Diese Überakkumulationskrise erfasste insbesondere die tragenden fordistischen Bereiche der Massenproduktion. Vorerst begannen sich in den USA, auch wegen des Vietnamkriegs, die wirtschaftlichen Probleme zu verschärfen. Ab Mitte der 1960er-Jahre überflügelten die europäische und die japanische Industrie die US-amerikanische bezüglich Arbeitsproduktivität und Profitabilität (Brenner, 1998). Im Bretton-Woods-System war der Dollar als einzige Währung nicht abwertbar. Das schwächte die Konkurrenzfähigkeit der US-Wirtschaft und machte die USA gegen Ende der 1960er-Jahre vom Kapitalexporteur zum Kapitalimporteur. Nixon hob darauf 1971 die Goldbindung des Dollars auf, was zu dessen rascher Abwertung führte. Das Ende des Bretton-Woods-System, die Einführung flexibler Wechselkurse und die schrittweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs schufen eine neue Situation: Die US-Wirtschaft wurde gestärkt, die USA gewannen ihre Hegemonie zurück und damit die Fähigkeit, hauseigene Probleme dank der Funktion des Dollars als Weltgeld auf andere Länder abzuwälzen. Die autonomen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten anderer Länder hingegen wurden wesentlich eingeschränkt.

Ausdruck der strukturellen Überakkumulationskrise war die ›Rückkehr‹ der zyklischen Krisen in den Jahren 1974/75, 1981–83, 1990–92 und 2001–03. In den betroffenen westlichen Industrieländern verlangsamte sich die Kapitalakkumulation, und in den industriellen Zentren entstand eine andauernde Massenarbeitslosigkeit. Diese brachte die Gewerkschaften in die Defensive. In einzelnen Ländern, etwa in den USA beim Fluglotsenstreik oder in Grossbritannien beim Bergarbeiterstreik, wurde die gewerkschaftliche Kampfkraft mit Gewalt gebrochen. Die Massenarbeitslosigkeit und die Angst der seit den 1960er-Jahren auf-



steigenden neuen Mittelschichten vor einer galoppierenden Inflation und deren Einbindung in den Restrukturierungsprozess von Staat und Wirtschaft waren die wesentlichen Voraussetzungen, damit die Neoliberalen ihr politisches Projekt durchsetzen konnten, die Hegemonie der Kapitalbesitzer und des Finanzkapitals wiederherzustellen und die Lohnabhängigen zu disziplinieren. In den 1980er-Jahren wurden die politischen Leitideen des Neoliberalismus – Privatisierung, Disziplinierung der Arbeitskraft, Workfare, Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der Transfer- und der Arbeitseinkommen, Senkung der direkten, der Kapital- und Unternehmenssteuern – hegemonial. Diejenigen politischen Kräfte der Linken, die sich traditionellerweise in korporatistischen Mustern definierten und bewegten, waren nicht in der Lage, dieser Hegemonie des neoliberalen Projektes eine wirkliche Alternative entgegenzustellen. Die Sozialdemokratie richtete sich in der Folge auf die von der Krise weniger betroffenen professionellen Mittelschichten aus und wandelte sich in weiten Teilen Europas zu einer entscheidenden Kraft für die praktische Durchsetzung neoliberaler Leitideen.

Im Vordergrund des neoliberalen Projekts stehen Strategien der absoluten Mehrwertsteigerung zur Wiederherstellung der Rentabilität: Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, Angriff auf die Löhne und Sozialversicherungen, Verlängerung der Arbeitszeit, höhere Arbeitsrhythmen, neue Arbeitsformen. Hinzu kommen die Bestrebungen, mit Hilfe der neuen Technologien und Organisationsformen die Kapitalproduktivität zu steigern: Restrukturierungen, die wachsende Kapitalkonzentration (Fusionen), die Verminderung der Lagerhaltung, die Verbilligung der Transportkosten spielen dabei eine zentrale Rolle, ebenso wie die globale Ausrichtung der Wertschöpfungsketten durch die multinationalen Konzerne. Diese können dabei an internationale Standards in Recht, Verfahren und Technik, Handel, Konsum- und Arbeitsnormen anknüpfen, die sich bereits in der Phase des Fordismus herausgebildet hatten (Chesnais, 1994). Auf diese Weise können die Lohnabhängigen verschiedener Länder direkt miteinander in Konkurrenz gesetzt werden, und die Produktivitätsnormen der am meisten entwickelten Sektoren werden global zum Standard. Zudem können die Konzerne aus einem grossen Reservoir an billigen, willigen und oft gut qualifizierten Lohnabhängigen in vielen Ländern der Peripherie und Osteuropas schöpfen. Der weltweite Ausgleich der Profitraten, der durch die Liberalisierung der Finanzmärkte erleichtert wird, rückt die Strategien der absoluten Mehrwertsteigerung in einen globalen Zusammenhang.

Die Durchsetzung der Lohnrestriktionen war erfolgreich: Während in der Zeit der Hochkonjunktur die Reallöhne mehr oder weniger der Pro-



duktivität folgten und die Kaufkraft sich entsprechend entwickelte, hat sich in den meisten Ländern, auch in der Schweiz, die Produktivitätsentwicklung von der Reallohnentwicklung abgekoppelt. Eng verbunden mit dem Absinken oder Stagnieren der Reallöhne und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sind die Ausbreitung von Niedriglohnssektoren, die Prekarisierung einer grossen Zahl von Beschäftigten und die neue Armut. Wieder zugenommen hat hingegen, insbesondere seit Mitte der 1980er-Jahre, die Profitrate – nicht aufgrund grosser Produktivitätsfortschritte, sondern aufgrund einer verschärften Ausbeutung. Trotz steigender Profite wird aber nicht verstärkt in die Erweiterung des Produktionsapparates investiert. Denn einerseits schränkt die restriktive Politik der Neoliberalen die Massenkaufkraft und damit die Absatzmöglichkeiten ein. Andererseits verlagern sich in unserer Gesellschaft die Bedürfnisse stark auf Bereiche wie Gesundheit und Bildung, die kapitalistisch weniger gut rentabilisiert werden können. Im Gegenteil: Heute soll hier gespart werden. Die dank verschärfter Ausbeutung höheren Profite fliessen so nicht in produktive Investitionen, sondern in die Spekulation, in Firmenübernahmen, in Finanzgeschäfte und – über eine Erhöhung der Gewinneinkommen – in den Luxuskonsum. Von den steigenden Gewinneinkommen, etwa von Börsengewinnen, profitieren in einem bestimmten Ausmass auch die professionellen Mittelschichten, die zudem von den negativen Aspekten der Entwicklung weniger stark betroffen sind.

Seit dem Beginn der 1980er-Jahre hat sich auf diese Weise ein neues Akkumulationsregime herausgebildet, das wir in Anlehnung an David Harvey (1989) das Regime der flexiblen Akkumulation nennen. Unser Regimebegriff leitet sich von den Regulationstheoretikern ab und meint ein Ensemble von politischen und sozialen Funktionsmerkmalen, die eine Phase des Kapitalismus kennzeichnen. Der Begriff »flexible Akkumulation« bezeichnet den Umstand, dass die Aspekte sozialen und individuellen Lebens immer unsicherer und weniger planbar werden, recht gut. Dahinter steht die Tatsache, dass sich der Kapitalismus unter den heute herrschenden Bedingungen der Überakkumulation nur auf der Basis einer weiteren und verschärften Unterwerfung der Menschen und der Natur unter die Logik der kapitalistischen Herrschaft zu behaupten vermag. Aufgrund dieser verschärften Ausbeutung und des zunehmenden Widerspruches zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen einerseits und dem Imperativ der Kapitalrentabilisierung andererseits, erhält das neue Regime der flexiblen Akkumulation regressive Züge. Die Zunahme der ökonomischen Instabilität und der sozialen Ungleichheit hat breite Schichten der Bevölkerung verunsichert. Weil aber Alternativen



seitens der Linken fehlen und die extremen Rechten massiv mobilisieren, stösst das Regime trotz Legitimitätsproblemen und Rissen noch nicht auf breiten Widerstand, vor allem auch nicht auf Seiten der traditionellen Linken in Parteien und Gewerkschaften, die mehrheitlich immer noch auf die Konstruktion eines neuen Klassenkompromisses setzen. Das bürgerliche Machtkartell hingegen vermochte gerade auch durch den Einbezug rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien seine Herrschaft zu stabilisieren.

Im Laufe der vergangenen 25 bis 30 Jahre veränderten sich auch die Mechanismen des Mehrwerttransfers aus der Peripherie in die globalen Zentren. Dabei haben sich die Gegensätze verschärft: Vor dem Hintergrund der bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren gewachsenen Verschuldung wurden die ärmeren Länder durch die Hochzinspolitik der USA in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre hart getroffen. Sie wurden noch erpressbarer und mussten sich der räuberischen Strukturanpassungspolitik des IWF und der Weltbank fügen. So wurden vor allem den US-amerikanischen und europäischen multinationalen Konzernen beinahe unbegrenzte Handlungsfreiheiten in diesen Ländern eröffnet. Besonders betroffen von dieser Politik sind die Bauern in den Ländern der Peripherie. So bestehen heute in der Landwirtschaft riesige Produktivitätsunterschiede, etwa zwischen einer indischen Bäuerin und einem australischen Farmer um den Faktor 1000. Zusätzlich führen die asymmetrischen Landwirtschaftsabkommen der WTO dazu, dass heute die Länder des Südens mit Landwirtschaftsprodukten aus den USA und Europa überschwemmt und -zig Millionen von Menschen vom Land in die Slums der Grosstädte getrieben werden. Diese Neuformierung der ›ökonomischen‹ Strukturen des Imperialismus hat auch eine komplementäre militaristische Seite: Den zunehmenden Problemen wird unter der Führung der USA mit militärischen Interventionen begegnet – zum Teil freilich mit zwiespältigem Erfolg.

### Die Notwendigkeit einer Alternative

Wenn unsere Analyse stimmt, dann gibt es kein Zurück ins goldene Zeitalter des Fordismus. Eines der Hauptprobleme des neuen Regimes der flexiblen Akkumulation liegt in seinem zunehmenden Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Bedürfnissen und der Weise, wie diese Bedürfnisse befriedigt werden (oder eben nicht). Wir sind heute mit einer Systemkrise des Kapitalismus konfrontiert, die auch die industrialisierten Zentren nicht verschont. Damit wird Wirklichkeit, was Marx vorausgesagt hat: Der Kapitalismus wird sich nicht unbegrenzt als fortschrittliches System weiterentwickeln, sondern sich notwendigerweise in





ein regressives System verwandeln, das den breiten Bevölkerungsschichten immer weniger Perspektiven anbietet.

Die Linke darf sich deshalb nicht länger auf die Möglichkeiten beschränken, die das kapitalistische System vorgibt. Es ist notwendig, Stossrichtungen zu entwickeln, die dieses System in Frage stellen. Befreiung heisst heute Befreiung aus den ›Zwängen des Möglichen‹.

Eine andere Welt wollen heisst, Einstehen für eine globale Perspektive radikaler sozialer Befreiung. Die Erfolge der globalisierungskritischen Bewegung in der Anti-WTO-Kampagne und beim Zustandekommen des Neins zur neuen EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, der Linksrutsch in vielen Ländern Lateinamerikas, das Wiederaufleben gewerkschaftlicher Kämpfe und der Studentenbewegung in verschiedenen Ländern schaffen die nötigen Anknüpfungspunkte. Radikal sein heisst, an die Wurzeln des Übels gehen und die Ursachen für Arbeitslosigkeit, die soziale Polarisierung, die neue Armut und die wachsende Militarisierung unserer Gesellschaft dort zu suchen, wo sie wirklich liegen: in der kapitalistischen Akkumulation und in der Klassengesellschaft selbst. Das geht nicht, ohne die Verteilung des Reichtums zwischen Kapital und Arbeit und die kapitalistische Eigentumsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Entwicklung einer Alternative hat bei den wichtigsten Problemen der breiten Bevölkerung anzusetzen: Bei der immer ungerechteren Einkommensverteilung, bei der Arbeitslosigkeit und bei der zunehmenden Schere von Profitsteigerung und gesellschaftlichen Bedürfnissen. Dabei müssen die Forderungen eingebettet sein in ein die Gesellschaft veränderndes Projekt, ein Projekt der gesellschaftlichen Befreiung, das den Lohnabhängigen und (im Süden) den KleinbäuerInnen zur Macht über die Verteilung und Nutzung der Produktionsmittel verhelfen will.

Noch wichtiger als das Erarbeiten adäquater Forderungen sind heute allerdings Orientierungen und Massnahmen, die das Kräfteverhältnis zugunsten eines emanzipatorischen Projektes hier und heute verbessern. Drei Achsen einer solchen Orientierung seien hier festgehalten:

- *Demokratisierung statt Korporatismus:* Von zentraler Bedeutung ist der Bruch mit allen Formen des Korporatismus, seien dies traditionelle Formen oder neokorporatistische Arrangements. Politische Orientierungen müssen heute entlang der sozialen Konflikte entwickelt werden und nicht entlang der diversen politischen Konsensmechanismen. Wichtig ist nicht in erster Linie das Ausmass der Vertretung in den Parlamenten, den Regierungen und anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, sondern die Stärkung des Widerstandes in den immer wieder



## Politische Ökonomie

aufbrechenden Konflikten; dies in enger Zusammenarbeit mit den BasisaktivistInnen in den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Demokratisierung statt Korporatismus heisst aber auch, seine Politik konsequent auf die Bevölkerungsmehrheit auszurichten, statt sich an den privilegierten, beruflich anpassungsfähigen Mittelschichten zu orientieren. Das heisst: Eine offensive Politik zur Rechtsangleichung der MigrantInnen und zur Gleichstellung der Frauen, einen Kündigungsschutz für MieterInnen und Lohnabhängige und die Einführung demokratischer Minimalstandards im Arbeits- und Betriebsleben.

- *Einen erneuerten Internationalismus entwickeln:* Besonders in der Schweiz ist der Internationalismus immer noch der beste Gradmesser des kritischen Bewusstseins der linken Bewegung. Ein echter Internationalismus ist leider und verhängnisvoller Weise zum grössten Tabu linker Politik geworden. Angesagt ist heute die Entwicklung eines neuen Internationalismus im Rahmen einer weltweiten Koordination mit kämpferischen sozialen Bewegungen und Organisationen. Nationale oder übernationale Wettbewerbspakte, wie sie zum Beispiel in der EU mit der Lissabon-Strategie geschlossen werden und vor allem in SPS, im SGB, aber auch bei den Grünen immer wieder auf grosse Resonanz stossen, bringen hier wenig. Gerade in der Schweiz hätte ein erneuerter Internationalismus ein reiches Betätigungsfeld, befinden sich doch hier die Hauptsitze von global führenden Finanzinstituten und von vielen multinationalen Konzernen. Wir brauchen eine aktive Solidarität mit den Widerstandsbewegungen gegen die fremden Besatzungsmächte in Palästina, auf dem Balkan, in Afghanistan, im Irak, mit den antikapitalistischen Ansätzen in Venezuela, Bolivien, Kuba, mit den kämpferischen Gewerkschaftsbewegungen auf den Philippinen oder in Kolumbien, die in Auseinandersetzungen mit Schweizer Konzernen ihr Recht verlangen.

- *Alternative Vorstellungen und Utopien entwickeln:* Eine radikale Linke, die den Bruch mit dem Kapitalismus anstrebt, ist heute nur glaubwürdig, wenn sie bereit ist, die Erfahrungen mit der Sowjetunion, mit antikolonialen Revolutionen und anderen Ansätzen zur Befreiung radikal zu überdenken und deren weitgehendes Scheitern nicht einfach auf die (nicht zu leugnende) äussere Bedrohung zurückzuführen. Gleichzeitig kann ohne konkrete Alternativen zum real existierenden Kapitalismus niemand von der Notwendigkeit überzeugt werden, mit diesem Kapitalismus zu brechen. Es gilt also, entsprechende Vorstellungen und Utopien zu entwickeln. Solange die Linke diese beiden Aufgaben nicht offensiv angeht, und solange sie in die herrschenden Machtstrukturen eingebunden bleibt, darf es niemanden erstaunen, wenn Leute, die bei



der heutigen Entwicklung unter die Räder kommen, ins rechtspopulistische und rechtsextreme Lager abwandern.

Wir plädieren dafür, heute wieder an der libertären marxistischen Tradition anzuknüpfen. In dieser Tradition finden wir eine reichhaltige Reflexion und vielfältige Erfahrungen im Umgang mit all den Schwierigkeiten, denen sich ein Projekt der gesellschaftlichen Befreiung stellen muss. Hier liegt die Basis für eine erneuerte strategische Orientierung zur Überwindung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse. Auch in einer Zeit, in der die Arbeiterbewegung zögert und zurückweicht, gilt es, an dieser Perspektive festzuhalten. Auch nach einem Jahrhundert, in dem die Klasse der Kapitaleigentümer vor keinem Mittel zurückschreckte, um die Ansprüche der Arbeitenden zurückzudrängen, einem Jahrhundert, in dem die Arbeiterbewegung im Spannungsfeld zwischen dem visionslosen Zynismus der Sozialdemokratie und dem brutalen Zynismus des Stalinismus immer wieder an Schwung verlor, findet die Kritik der politischen Ökonomie und die kritische theoretische Arbeit überhaupt nur dann ihren praktischen Sinn, wenn sie am Ziel der Überwindung des Kapitalismus festhält.

## Literatur

- Aglietta, Michel (1976): *Régulation et crises du capitalisme – L'expérience des Etats-Unis*. Paris.
- Brenner, Robert (1998): *The Economics of Global Turbulence. A special Report on the World Economy*. London
- Chesnais, François (1994): *La mondialisation du capital*. Paris.
- Deppe, Frank et al. (2004) *Der neue Imperialismus*. Heilbronn.
- Duménil, Gérard und Dominique Lévy (2000): *Crise et sortie de la crise – Ordre et désordres néolibéraux*. Actuel Marx Confrontation. Paris.
- Eberle, Willi und Hans Schäppi (2004): *Neoliberalismus: Durchsetzung, Ausprägungen und Widerstand – Mit einem Blick auf die Schweiz*. In: Reader der ersten Sommerakademie von attac schweiz: Verstehen, um zu verändern. 10. bis 12. September 2004, Vernamière.
- Eberle, Willi und Hans Schäppi (2006): *Über den Keynesianismus hinaus – Kein emanzipatorisches Projekt ohne Kritik der politischen Ökonomie*. In: Widerspruch Heft 50, Zürich.
- Harman, Chris (1998): *The Fire last Time – 1968 and after*. London.
- Harvey, David (1989): *The Condition of Postmodernity*. London.
- Heinrich, Michael (2004) *Kritik der politischen Ökonomie*. Eine Einführung. Stuttgart.
- Husson, Michel (2001): *L'école de la régulation, de Marx à la fondation Saint-Simon: un aller sans retour?* Dans: J. Bidet, E. Kouvélakis: *Dictionnaire Marx contemporain*. Paris.
- Husson, Michel (2005): *La théorie des ondes longues et le capitalisme contemporain*. Paris.
- Husson, Michel (1996): *Misère du capital. Une critique du neoliberalisme*. Paris.
- Hübner, Kurt (1989): *Theorie der Regulation – Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*. Berlin.
- Mandel, Ernest (1980): *Long Waves of Capitalist Development. The Marxist Interpretation*. London.
- Mandel, Ernest (1972): *Der Spätkapitalismus*. Frankfurt.
- Mattick, Paul (1971): *Marx und Keynes*. Frankfurt.